

Am Kompromiss mit dem Despoten führt kein Weg vorbei



Von [BZ-Redaktion](#)
Sa, 26. März 2022
[Kommentare](#)

BZ-Plus | BZ-GASTBEITRAG: Klaus Leisinger verurteilt Putins Krieg gegen die Ukraine, sieht aber auch den Westen in der Pflicht.

Worte können das menschliche Leid, das durch den Krieg in der Ukraine angerichtet wird, nicht beschreiben. Bilder wie das der schwer verletzten hochschwangeren Frau auf einer Bahre vor der Klinik in Mariupol, verbunden mit der Nachricht, dass sowohl sie als auch ihr ungeborenes Kind kurz darauf gestorben sind, lassen die Schrecken des Krieges für unschuldige Menschen höchstens erahnen. Aus einer moralischen Perspektive betrachtet, fällt das Urteil über den Krieg leicht: Da werden unschuldige Menschen sinnlos getötet und verstümmelt, Kinder, Frauen, Alte und – auf beiden Seiten – auch Soldaten. Da werden Lebensperspektiven zerstört und Zukunftschancen vernichtet, und dies um einer wirren, pseudokulturell begründeten Großmacht-Fantasie eines Einzelnen willen.

Auch das Urteil aus einer wirtschaftlichen Perspektive ist eindeutig: Durch den brutalen Überfall auf ein friedliebendes Land werden Infrastruktur und Privateigentum, das Resultat jahrelangen Aufbaus und Sparens, gezielt vernichtet. Finanzielle Ressourcen, die gegen den Klimawandel oder die Armut in der Welt investiert werden könnten, alimentieren blindwütige Zerstörung. Nach Schätzungen der Hertie School of Governance kostet der Krieg allein Russland über 6 Milliarden Euro pro Tag. Zum Vergleich: Mit 15 Milliarden pro Jahr – weniger als 3 Tage Krieg – ließe sich der Welthunger ein für alle Mal beseitigen; Corona-Impfstoffe für alle 1,4 Milliarden in Afrika lebenden Menschen kosten weniger als das Äquivalent von 4 Tagen Krieg.

Auch aus völkerrechtlicher Perspektive fällt das Urteil leicht: Die Putinisten brachen auf eklatante Weise und mit grotesk verlogenen Begründungen mühsam ausgehandelte Staatsverträge und verbindliche Zusagen im Rahmen der europäischen Friedensordnung. Damit zerstörten sie – in einer Welt, die ihre Zukunftsprobleme nur durch Zusammenarbeit lösen kann – auf lange Zeit jenes Minimum an Vertrauen, das die Voraussetzung für Zusammenarbeit wäre.

Weitere lebensgefährdende Folgen hat dieser Krieg für völlig unbeteiligte Menschen an anderen Orten in der Welt: Gemeinsam mit Russland sorgt die Ukraine für etwa ein Drittel des auf dem Weltmarkt angebotenen und besonders für die Nahrungsmittelproduktion der städtischen Bevölkerung afrikanischer Länder wichtigen Weizens. Durch die zu erwartenden Mengenverknappungen und Preissteigerungen wird die Anzahl der Hungernden weltweit steigen. Wegen der weltweit erhöhten Rüstungsausgaben stehen weniger Mittel für Hilfe für den Kampf gegen Hunger zur Verfügung.

Moralische Empörung, Wut und Rachegefühle sind menschlich verständlich – aber keine guten Ratgeber für ein politisches Handlungsportfolio, das langfristig robuste Lösungen ermöglichen soll. Der Verweis darauf, dass "der Westen" viele Jahre die Schwäche Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion ausgenutzt und Zusagen gebrochen habe, ist zwar Teil der Erklärung für die Motive des Aggressors, entschuldigt aber keine Kriegsverbrechen und scheidet somit als Teil der Argumentation von Verhandlungen aus.

Trotz berechtigter Empörung ist kluges Handeln notwendig, dieses berücksichtigt die Erfahrung, dass in die Enge getriebene Tyrannen nicht klein begeben, sondern eskalieren – hier unter Umständen mit taktischen Atomwaffen. Man muss also das Gesicht des Tyrannen wahren; wägt die Risiken und Opportunitäten verschiedener Handlungsalternativen ab und sucht nach dem geringsten Übel, das heißt dem niedrigsten Preis für das Leben und die Gesundheit der Opfer der Aggression. Man geht schließlich Kompromisse ein, auch wenn sie schmerzhaft sind. Warum? Die verständliche Hoffnung auf eine militärische Niederlage Russlands ist rational kaum begründbar: In einem längeren Krieg würde Russland durch seine schiere Materialüberlegenheit und Eskalationsdominanz zwar einen Pyrrhus-Sieg erleiden, aber eben dennoch einen Sieg.

Obwohl Kompromisse mit Despoten als Appeasement-Politik verstanden werden können, führt kein humanitär vertretbarer Weg an Ihnen vorbei. Nicht verhandelbar ist das demokratisch legitimierte Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Integrität der Ukraine – eine Nato-Mitgliedschaft in den nächsten 10 Jahren aber schon. Eine mögliche Kompensation wäre eine beschleunigte EU-Mitgliedschaft für die Ukraine. Solange der Krieg tobt und danach, müssen moralische Empörung und Wut in großzügige humanitäre Hilfe und wirksame Verteidigungshilfe umgesetzt werden.